Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in d. Stadt für Abholer halbmonatl. 395 000, d. Boten bezogen 400 000, wöchentl. 200 000, Postbezug monatlich. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 40 000 M. Sonnabends 50 000 M. Nachforderung vorbehalten. Postscheckk. Leipzig 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4. Zweigstelle: Gotthardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird k. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Anzeigenpreis Der 5gespaltene Millimet. Satzraum 10 000 M und der 3gespaltene Millimeter Reklameraum 40 000 M. Die laufende Monatsquittung wird dem Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 5000 M in Zahlung genommen. Ziffergebühr 24 000 M. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Anzeigenschluß vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sondertarif. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger — Herausgeber Ludwig Baltz)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 197. — Donnerstag, den 23. August 1923 — 163. Jahrgang.

Diktatorische Maßnahmen.

Besprechungen mit der Industrie.

Berlin, 23 August. Ueber die Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler teilt der „Vorwärts" u. a. folgendes mit: Von der Sozialdemokratie waren anwesend die Genossen Wels, und Hertz, von der Reichsregierung Reichskanzler Stresemann, Finanzminister Hilferding und Wirtschaftsminister Raumer.

Der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister schilderten die gegenwärtige politische Situation, besonders die traurige Finanzlage des Reiches. Es sei die Absicht der Regierung, alles zu tun, was wirtschaftlich und finanziell eine Erleichterung verspreche. Die Regierung sei sich bewußt, daß sie

das letzte verfassungsmäßige Kabinett

sei. Versage sie, dann gebe es nur Gewalt. Sie werde deshalb gegebenenfalls vor diktatorischen Mitteln, die zur Rettung Deutschlands dienen könnten, nicht zurückschrecken. Jeder Vermögensteuerpflichtige werde verpflichtet, gegen Goldanleihe Devisen abzuliefern. Wer keine Devisen habe, könne in Papiermark zahlen. Die eidesstattliche Versicherung über die Höhe des Devisenbestandes, Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen, ausländischen Effekten und Noten werde in Zweifelsfällen ersetzt werden müssen durch den Eid. Für falsche Angaben seien die für Meineid geltenden Strafen in Aussicht genommen, außerdem die Konfiskation des Vermögens. Die Maßnahmen sollen rasch durchgeführt werden.

Die erschienenen Parteiführer billigten die Maßnahmen der Regierung in vollem Umfange. Sie billigten insbesondere, daß die Ausschreibung der Steuern vorgenommen wird auf Grund des Paragr. 48 der Reichsverfassung ohne weitgehende Besprechungen im Parlament. Die sozialdemokratischen Vertreter betonten, von vornherein dürfe kein Zweifel darüber aufkommen, daß die Verordnung unter allen Umständen schärfstens durchgeführt wird. Auch die Frage der Reichsbankleitung spielte in der Debatte eine Rolle. Hier ist in kürzester Frist eine Entscheidung der Reichsregierung zu erwarten, die den bisherigen Zustand, daß die Reichsbankleitung die Maßnahmen der Reichsregierung durchkreuzt, sowohl in personeller wie in sachlicher Beziehung durchgreifend ändert. In den Verhandlungen des Hauptausschusses des Reichstags am Donnerstag, der sich mit der allgemeinen Finanzlage des Reiches beschäftigen soll, wird der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Wort nehmen.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und im Beisein des Reichsfinanzministers sowie des Reichswirtschaftsministers fand gestern nachmittag eine eingehende

Aussprache mit Vertretern der Industrie

über die bevorstehende Notverordnung des Reichspräsidenten statt. Der Reichskanzler legte eingehend die Notwendigkeit dar, mit größter Beschleunigung einen Devisenfond zu schaffen zur Besserung der Ernährungsverhältnisse und zur Stützung der Währung. Nach ausführlichen Darlegungen des Finanzministers über die Finanzlage anerkannten die anwesenden Vertreter der Industrie in vollem Maße die Notwendigkeit der beabsichtigten Maßnahmen und erklärten ihre Zustimmung zu beschleunigtem gesetzgeberischen Vorgehen und den schärfsten Strafmaßnahmen gegen Zuwiderhandlungen und Umgehungen der Verordnung. Die Besprechung ergab weiterhin die Notwendigkeit, beschleunigt alle Maßnahmen zu treffen, die zu einer Hebung der Ausfuhr dienen können, um dadurch für die Zukunft den dauernden Eingang von Devisen zu stärken.

Schaffung des Devisenfonds: 200 bis 300 Goldmillionen.

Berlin 23. August. Die Reichsregierung hofft, durch die Notverordnung 200 bis 300 Millionen Goldmark in Devisen herauszuholen zu können und damit den schon mehrfach erwähnten Fonds zu schaffen, mit dessen Hilfe man die Mark stützen und die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherstellen kann. Die Vertreter der Koalitionsparteien billigten gestern bei dem Empfang in der Reichskanzlei die in den Verordnungen getroffenen Bestimmungen; ja, es werden sogar Vorschläge dahin laut, die Verordnungen, zumal in den Strafbestimmungen, noch zu verschärfen.

Der Reichsbankkonflikt.

Der Konflikt zwischen dem Reichsbankdirektorium und den Angestellten wegen der Entlassung des Berliner Betriebsratsvorsitzenden Großmann gewinnt immer mehr an Umfang und wird nach Ablehnung der Vermittlungsaktion des Reichsarbeitsministers von Tag zu Tag drohender. Am Mittwoch ist der Hauptbetriebsrat der Reichsbank in Berlin zusammengetreten, an dem Vertreter der Betriebsräte in Magdeburg, Düsseldorf, Bremen Dresden, Köln, Frankfurt a. M., Leipzig und Stettin teilgenommen haben. Nach längerer Beratung wurde dem entlassenen Berliner Betriebsratsvorsitzenden Großmann das Vertrauen der Angestelltenschaft in den Reichsbanknebenstellen ausgesprochen. Eine entsprechende Entschließung wurde dem Präsidenten Havenstein durch eine Delegation überreicht und bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Angelegenheit auch in der Provinz unter den Angestellten lebhafte Unruhe hervorgerufen habe. Im Anschlusse an diese Unterredung fanden dann weitere Sitzungen mit Bankangestelltenorganisation statt, die ein Schreiben an den Reichswirtschaftsminister richteten, daß der Betriebsrat unbedingt geschützt werden würde, koste es, was es wolle. Der Schreiber schließt mit den Worten: Der Betriebsrat Großmann muß bleiben und Herr Havenstein gehen!

Am Nachmittag fand dann eine Versammlung der Angestellten der Reichsbank und des Buchdruckerpersonals der Reichsdruckerei statt. Auch diese Versammlung erklärte sich solidarisch mit dem entlassenen Betriebsratsvorsitzenden Großmann. Auch die Vertreter im Reiche haben zum Ausdruck gebracht, daß sie den Vorsitzenden des Hauptbetriebsrates in Berlin eventuell durch Niederlegung der Arbeit vor der Maßregelung schützen wollen.

Reichsbankpräsident Havenstein wurde am Mittwoch vom Reichspräsidenten und Reichskanzler empfangen.

* * *

Einzelheiten aus der französischen Note an England.

Die französische Antwort auf die letzte englische Note enthält u. a. noch folgende Sätze:

Der sogenannte passive Widerstand ist nicht von der Bevölkerung des Ruhrgebietes und noch viel weniger von der Bevölkerung des Rheinlandes ausgegangen, sondern von den Industriellen und von Berlin. Es ist auf jeden Fall gerechtfertigt, daß die Regierung der Republik angesichts dieser Tatsache die Einstellung des passiven Widerstandes als die unerläßliche Voraussetzung jeder neuen Unterhaltung mit der Reichsregierung betrachtet. Der passive Widerstand widerspricht nicht nur dem Friedensvertrage, sondern auch dem eigenen Interesse Deutschlands, da er es an der freiwilligen Ausführung seiner Verpflichtungen hindert. Die französische Regierung wünscht daher, daß der passive Widerstand beendet werde und kann erst dann, wie sie bereits Gelegenheit nahm, der britischen Regierung zu verstehen zu geben, die Ruhrbesetzung nach Aufgabe

Die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches und der Reichskanzler Stresemann

„An alle Schichten des Volkes richten wir die Aufforderung, diese deutsche Goldanleihe aufs kräftigste zu unterstützen. Sie soll uns eins der Mittel sein, um die Geldinflation zurückzudämmen, die Verhältnisse geschaffen hat, unter denen weite Volksschichten in Deutschland kaum noch über die notwendigsten Subsistenzmittel verfügen. Wir richten den dringenden Appell an alle Parteien, an dieser für unser Volk so entscheidend gewordenen Frage mitzuarbeiten. In dieser Frage gibt es keine Parteimeinungen, in dieser Frage ist die positive Mitarbeit jedes, der die Verhältnisse zu bessern vermag, vaterländische Pflichterfüllung, die wir dankbar begrüßen." Rede in der Sitzung des Reichstags am 14. August 1923.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden. Zeichnungspreis 100 % bei Einzahlung von Devisen und Dollarschatzanweisungen 95 %. Das kleinste Stück lautet auf den Gegenwert von **1 Dollar.**

Ernährungspolitik.

Sorgen des Tages drohen wieder, die Vorsorge für die nächsten Jahre und für die Zukunft über Gebühr in den Hintergrund zu drücken. Es ist selbstverständlich, daß die Abhilfe des gegenwärtigen Notstandes als die dringendste Aufgabe aller verantwortlichen Personen erscheinen muß. Die Notstandsmaßnahmen dürfen aber nicht einen Charakter annehmen, der ernste Gefahren für die Dauer in sich schließt. In der öffentlichen Erörterung über die Lebensmittelschwierigkeiten der letzten Wochen überwogen bereits die Stimmen, die unter Hintansetzung produktionspolitischer Voraussicht aus den Notstandsmaßnahmen Dauermaßnahmen zu machen befürworteten. Mehr oder weniger gruppieren sich diese Forderungen um das sozialistische Schlagwort der „Planwirtschaft", wenn auch die Bezeichnung selbst nur von dem Sozialisten gebraucht wurde und man anderwärts von „Vorsorgewirtschaft" oder dergleichen spricht. Letzten Endes sind all diese Pläne je nach dem politischen und wirtschaftlichen Standpunkt bis zu einem gewissen Grade dialektische Abwandlungen der „Zwangswirtschaft" und das gemeinsame Kennzeichen besteht darin, daß es nur auf die Einführung eines Verteilungsschlüssels für die vorhandenen und die zu erfassenden Nahrungsmittel ankommt, ohne daß dabei neben der Sicherung der gegenwärtigen Versorgung als maßgebende Richtschnur die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion angenommen wird. Hiervon hängt aber alles ab und jede Ernährungspolitik bleibt Stückwerk und Dilettantismus, solange sie als übergeordneten Gesichtspunkt nicht die Förderung der Produktion hat, solange sie nicht recht eigentlich Produktionspolitik ist. Es kommt also weniger darauf an, „Planwirtschaft" zu treiben, als nach einem Wirtschaftsplan Verteilung und Produktion den Weg zu weisen. Legen wir diesen Maßstab an die Konferenz der Ernährungsminister an, so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß auch die berufenen Ernährungspolitiker sich nicht darum bemüht haben, einen wohldurchdachten Wirtschaftsplan durchzuführen, der ja eigentlich spätestens seit der Annahme des Brotversorgungsgesetzes schon hätte in Erscheinung treten müssen, aber offensichtlich bei den Gegensätzen im Reichsernährungsministerium selbst und zwischen den verschiedenen Ernährungsministerien der Länder noch garnicht zustande gekommen ist. Die Konferenz hat auch nicht versucht, nunmehr endlich einen geschlossenen Wirtschaftsplan aufzustellen, sondern sie hat sich lediglich auf eine Teilarbeit beschränkt, die zugestandenermaßen allein das Verteilungsproblem lösen soll und so nur auf planwirtschaftliche Gedankengänge eingeht. Bei der nun seit langem schon zu beobachtenden Richtungslosigkeit der offiziellen Ernährungspolitik und dem Lavieren zwischen Klippen des politischen Anstoßes scheint es nunmehr fast in der zwangsläufigen Entwicklung zu liegen, nachdem mit dem neuen Kabinett die Sozialdemokratie wieder offiziellen Einfluß auf die Reichspolitik gewonnen hat, daß über kurz oder lang die Zwangswirtschaft als „Planwirtschaft" wie ein Phönix aus der Asche steigt. Und dies, trotzdem der Ernährungsminister Dr. Luther kürzlich bei der Rücksprache der Führer des Reichslandbundes bei Reichskanzler Stresemann sich stark gemacht hat, trotz aller sozialistischen Einflüsse den Produktionsnotwendigkeiten in der Ernährungspolitik zum endgültigen Erfolge zu verhelfen. Daß die Markenbrotversorgung vom 15. September bis 15. Oktober verlängert werden soll, mag man angesichts der vierwöchigen Verzögerung der diesjährigen Ernte hinnehmen können. Wenn aber darüber hinaus für bestimmte Gebiete die öffentliche Versorgung aufrecht erhalten werden soll, so bedeutet das lediglich eine Konzession an die sozialdemokratischen Forderungen, die sich nicht mit einer produktionspolitischen Ernährungswirtschaft vereinbaren läßt, zumal man das Ernteergebnis noch endgültig übersehen kann. Wie sehr die Verteilung gegenüber der Produktion im Vordergrunde steht, beweist die Finanzierung des Kartoffelhandels aus öffentlichen Mitteln ähnlich der früher geplanten Getreidehandelsfinanzierung, während Reichskredite für die landwirtschaftliche Produktion bisher sogut wie gar nicht flüssig gemacht wurden.

des passiven Widerstandes abändern. Die französische Regierung wird die Ruhrbesetzung bei schrittweiser Räumung nach Maßgabe der Zahlungen unter Bedingungen fortführen, die von den gegenwärtigen völlig verschieden sind. Die französische Regierung betont, daß sie keinerlei Wunsch habe, im Ruhrgebiet länger zu bleiben, als notwendig ist, und daß sie weder politische noch annexionistische Absichten verfolge. Der Augenblick, zu welchem die Zahlungen und damit die Räumungen ausgeführt werden, hänge von dem guten Willen Deutschlands ab. In diesem Zusammenhange erinnert die französische Regierung an die Schnelligkeit, mit welcher Oesterreich die für dieses Land notwendigen Anstrengungen vornahm trotz der Nachteile seiner geographischen und wirtschaftlichen Lage. — Nachdem die Reparations-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230823-18/fragment/page=0001

kommission den Gesamtbetrag der gesamten Verpflichtungen Deutschlands festgestellt hat, besteht kein Grund, davon abzuweichen. Die Festsetzung der Reparationskommission kann nur mit Genehmigung sämtlicher Verbündeten revidiert werden. Dagegen soll die Leistungsfähigkeit Deutschlands periodisch in der Art abgeschätzt werden, daß die fälligen Beträge je nach den Umständen abgeändert werden können. Diese Abänderungen werden durch Majorität entschieden. — Poincare verteidigt dann die Tätigkeit der Reparationskommission, die stets Loyalität, Sachverständigkeit und Gerechtigkeitssinn gezeigt habe. Die Note führt hierauf fort: Es dürfte nicht schwer fallen, sich über die denkbar schnellste Zahlung der deutschen Schuld, soweit sie den Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden betrifft, zu verständigen und die Prüfung der Zahlungen des zweiten Teiles der Schuld durch die Reparationskommission auf einen bestimmten Zeitpunkt zu verschieben, wobei auch die Prüfung der Zahlung der Kriegsschulden nach einer gemeinsamen Verständigung auf dasselbe Datum hinausgeschoben wird. Ich nehme nicht an, daß England die interalliierten Schulden vor Zahlung der Reparationen beansprucht. Es begreift ohne Zweifel besser als irgend jemand, daß Frankreich, um seine Verpflichtungen erfüllen zu können, zu allererst seine Steuerkraft wieder erlangen, seine Ruinen wieder aufbauen und selbst in den Stand gesetzt werden muß, **mit gleichen Waffen gegen den deutschen Wettbewerb anzukämpfen.** Das Interesse Englands besteht nicht darin, daß Deutschland sich nicht wieder aufrichtet, es kann aber auch indessen nicht darauf hinauslaufen, daß Frankreich erniedrigt wird.

Keine amtliche Aeußerung Englands.

London, 23. August. Die französische Antwort auf die englische Note unterliegt gegenwärtig einem sorgfältigen Studium. Ein amtlicher Kommentar kann im Augenblick noch nicht gegeben werden. Ganz abgesehen von anderen Umständen kann die amtliche Ansicht über die französische Note nicht eher formuliert werden, als bis auch die belgische Antwort eingetroffen und geprüft worden ist. Es wird jedoch von autoritativer Seite versichert, daß man in beiden Antworten gewissenhaft nach der Möglichkeit eines Kompromisses zwischen den widerstrebenden Auffassungen suchen werde.

Ministerrat in Brüssel.

Paris, 23. August. Brüsseler Meldungen zufolge haben Theunis und Jaspar sich gestern früh eingehend mit der belgischen Antwort auf die letzte englische Note beschäftigt. Der Unterredung wohnte der Londoner Gesandte Belgiens bei. Ein belgischer Ministerrat hat sich gestern nachmittag um 2 Uhr mit der Prüfung des Textes befaßt, der am kommenden Freitag der französischen Regierung zur Einsichtnahme überreicht werde und am Sonnabend oder sogar erst am Montag dem Londoner Kabinett zugestellt werde.

Neue Sonntagsrede Poincarés.

Paris, 23. August. Es wird bereits eine neue Denkmalsenthüllung für den kommenden Sonntag angesagt. Ministerpräsident Poincare wird diesmal in Chassen (Departement Meuse) bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals eine politische Rede halten.

Hoesch wieder besetzt. — Eine neue Mordtat.

Witten, 22. August. Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch ist erneut besetzt worden. Die Arbeiter sind in einen 24-stündigen Proteststreik getreten.

Ein Schlosser der Eisenbahnausbesserungsstelle in Witten ist bei der Bewachung von Güterwagen erschossen worden. Einzelheiten fehlen noch.

In Bochum beschlagnahmten die Franzosen wieder einen Lohngeldtransport in Höhe von **100 Milliarden Mark,** der für die Reichsbanknebenstelle in Eickel bestimmt war. — Für die Stadtkasse in Recklinghausen bestimmtes Notgeld in Höhe von **12 Milliarden Mark** haben französische Kriminalbeamte geraubt.

Verkauf von geraubten Lebensmitteln.

Gelsenkirchen, 22. August. In Gelsenkirchen wird eine sehr scharfe Kontrolle des Autofuhrverkehrs ausgeübt. Diejenigen, die ohne besonderen Erlaubnisschein für den Lebensmitteltransport Lebensmittel mit sich führen, setzen sich der Fortnahme ihrer Wagen aus. So wurde das Auto einer hiesigen Lebensmittelhandlung „beschlagnahmt" u. die Waren in von den Franzosen eingerichteten Verkaufsständen zum Verkauf ausgestellt. Die Tageszeitungen werden gezwungen, eine Anzeige zu veröffentlichen, nach der das 124. Infanterieregiment ein Konsumgeschäft für die Bevölkerung von Gelsenkirchen eröffnet. Der Verkauf von Speck, Schweinefleisch, Schmalz, Butter, Hülsenfrüchten, Zigaretten, Zucker usw. findet zu etwas niedrigeren Preisen als in den deutschen Geschäften statt.

Eine neue Gewaltverordnung Degoutes.

Paris, 22. August. Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf hat General Degoutte eine Verfügung erlassen, durch die in allen Gruben, die bisher keine Kohlensteuer bezahlt oder keine Lieferung geleistet haben, der Koks und seine Nebenprodukte zugunsten der alliierten Mächte gesperrt werden. Jeder Eingriff in die so gesperrten Bestände werde mit einer Geldstrafe in der doppelten Höhe des Wertes des gewonnenen Kokses oder mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren geahndet.

Weitere Bergarbeiteraussperrungen im Ruhrgebiet

Gelsenkirchen, 23. August. Nachdem die Belegschaften einiger Zechenanlagen ausgesperrt worden sind, weil sie sich geweigert hatten, die aufgegebenen Arbeiten auszuführen, sind gestern noch eine Reihe weiterer Zechenanlagen diesem Beispiel gefolgt. Soweit sich übersehen läßt, befinden sich im Essener Revier und im Bottroper Bezirk alle Zechen im Stillstand. Dazu treten noch die in Gelsenkirchen befindlichen Zechenanlagen „Consolidation", „Sibirnia" und „Wilhelmine Viktoria", deren Belegschaften ebenfalls ausgesperrt worden sind.

Abflauen des Streiks in Essen.

Essen, 23. August. In der Betriebsrätekonferenz, die vorgestern im „Nordpark" tagte, wurde beschlossen, den Belegschaften der einzelnen Zechenanlagen anheimgaben, einzufahren und, soweit es ihre Kräfte erlauben, Arbeit zu verrichten. Daraufhin sind gestern morgen auf der Zechenanlage „Gustav" die Belegschaften angefahren und trotz der verhängten Sperre zugelassen worden. Die übrigen Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen. Eine erhebliche Kohlenförderung wird sich erst in den nächsten Tagen zeigen, wenn die kommunistische Hetze, die sich auf der Zeche „Gustav" besonders stark auswirkte, abgeflaut ist. Die Belegschaft der Zechenanlage „Fritz" ist am 21. August vollständig wieder angefahren und hat die Arbeit wieder aufgenommen. Auf fast allen Zechenanlagen des Reviers herrscht allgemeine Ruhe. Ausschreitungen sind nicht vorgekommen. Die Frist zum Anfahren und zur Aufgabe des passiven Widerstandes ist heute abgelaufen.

Woher kommen die Gelder?

Der „Vorwärts" und mit ihm andere sozialdemokratische Blätter richten die nachstehenden zeitgemäßen Fragen an die Oeffentlichkeit:

„Die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit, ob Anhänger der KPD. oder Zentrale und ihrer Parolen oder Gegner, hat einen wohlbegründeten Anspruch auf die Beantwortung der Frage, aus welcher Quelle denn eigentlich die Gelder für die jüngste „Generalstreik"-Aktion geflossen sind? Es handelt sich dabei allein für die Herstellungskosten der Flugblätter um Summen. Die unmöglich aus den Beiträgen der Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands aufgebracht werden konnten.

Die Betriebsräteabteilung der KPD. und ihre Zentralstreikleitung hat nicht nur in Berlin, sondern in allen Großstädten Deutschlands eine ganze Serie von Flugblättern herausgegeben, die Unsummen gekostet haben. Um unseren Genossen einen ungefähren Begriff über die Höhe dieser Unkosten zu vermitteln, sei bemerkt, daß die Kosten eines einzigen Flugblattes zur Abwehr gegen die „Generalstreik"-Diktatur in einer Auflage von nur 24 000 Exemplaren, die für Berlin z. B. kaum für einen einzelnen Stadtbezirk ausreichte, nicht weniger als 140 Millionen Mark betrugen. Diesem einem Flugblatt haben die Kommunisten der betreffenden Stadt nicht weniger als fünf Flugblätter entgegengestellt.

Damit sind zunächst die vorwurfsvollen Fragen vieler unserer Genossen beantwortet, warum die ADGB. und seine Ortsausschüsse in dieser Beziehung nicht mehr getan haben zur Aufklärung der Arbeitnehmerschaft und der Bevölkerung über den eigentlichen Zweck dieser wie aller vorausgegangenen „großen Aktionen" der kommunistischen Parteizentrale. Daß wir in finanzieller Beziehung erst recht die Konkurrenz mit der aus Moskau subventionierten KPD. nicht aufnehmen können, noch weniger etwa als mit der Skrupellosigkeit ihrer ja ebenfalls subventionierten Presse, liegt klar auf der Hand.

Da müssen wir denn schon die Frage aufwerfen? Woher kommen die Gelder für die kommunistischen Aktionen? Weil nach allen bisherigen Erfahrungen anstatt einer klaren unzweideutigen Antwort auf diese Frage nichts weiter als eine Schimpfkanonade der „Roten Fahne" zu erwarten ist, werden wir auf die Antwort vergeblich warten müssen. Das ist begreiflich. **Denn in demselben Augenblick, in dem die Geldquelle der KPD. und ihre für deutsche Verhältnisse ungeheuren Erträgnisse bekannt würden, würden die ehrlichen deutschen Proletarier, die heute noch den kommunistischen Parolen nachlaufen, das Spiel durchschauen, das mit ihnen getrieben wird.**

Während die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei ihren Mitgliedern regelmäßig in aller Oeffentlichkeit über ihre Einnahmen und Ausgaben Rechenschaft ablegen, hütet die KPD.-Zentrale ihre hauptsächlichsten Einnahmequellen als ihr Geschäftsgeheimnis. In einer Zeit, in der alle Gewerkschaften in finanzieller Beziehung unsagbar schwer um ihre Existenz kämpfen müssen, nicht minder unsere Partei und ihre Presse, kann die KPD. aus dem Vollen schöpfen. Sie kann es nicht aus den Beiträgen ihrer Mitglieder, doch sie kann es. Woher kommen ihre Gelder?"

Auf die Beantwortung dieser Frage werden die Mitglieder der Gewerkschaften lange warten können. Ihre — Moskauer Hintermänner wird die KPD. nicht so ohne weiteres preisgeben.

Die Frage der wertbeständigen Löhne.

Berlin, 23. August. In der Zentralarbeitsgemeinschaft fand gestern zwischen den Vertretern der Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaftsvertretern erneut eine Besprechung über die Frage statt, ob sich eine brauchbare Methode der Wertbeständigmachung des Einkommens der Angestellten und Arbeiter finden lasse. Dabei wurden von den Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes Vorschläge nach der Richtung gemacht, daß das Einkommen eines Angestellten, so wie es sich am Ende eines Monats ergeben habe, auch im folgenden Monat gezahlt werde und daß in jeder Woche des neuen Monats ein Zuschlag gezahlt werde, der sich aus dem Anwachsen oder dem Rückgang der Indexziffer errechnen lasse. Die von beiden Seiten gemachten Vorschläge werden von den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften geprüft und in einer neuen Konferenz zur Besprechung gelangen.

Keine Aenderung der Kohlenpreise.

Ueber die letzte Sitzung des Reichskohlenrats erfahren wir, daß eine Preisverminderung nicht beschlossen worden ist; es ist nur über den Einspruch des Reichswirtschaftsministers gegen die letzten Zuschläge zu den Kohlenpreisen verhandelt worden. Hierzu ist zu bemerken, daß dieser Einspruch des Reichswirtschaftsministeriums diesmal nicht eine aufhebende Wirkung hat. Es wurde eine Kommission gebildet, die die Verhältnisse klären soll. Die eingesetzte Unterkommission soll insbesondere die Frage prüfen, ob und wie der Bergbau schneller in den Besitz der Erlöse für den Verkauf seiner Produkte kommen kann.

In der Sitzung wurde auch die vom Reichskohlenverband angeregte Aufhebung bezw. Verringerung der Kohlensteuer besprochen. Der Reichsminister erklärte, eine solche Maßnahme zurzeit nicht in Aussicht stellen zu können, da die Kohlensteuer für den Etat des Reiches eine sehr große Rolle spiele und ihre Aufhebung andererseits, da die 30prozentige Steuer nur vom Zechenpreis und nicht von den Endpreisen erhoben werde, keine allzugroße Ermäßigung der Kohlenpreise ermöglichen könne.

Zwangserfassung der Ernte in Bayern.

München, 23. August. Der bayerische Ministerrat hat beschlossen, die Ernteverräte von 1923 zu erfassen und die Bezahlung der neuen Ernte 1923 sicherzustellen; ferner erheblich strengere Vorschriften für die Zulassung zum Handel und die Sicherung der Lebensmittelerzeugung für den Inlandsverbrauch zu erlassen.

Aus Stadt und Umgebung

15fache Erhöhung der sozialen Abzüge bei der Einkommensteuer.

In seiner gestrigen Sitzung befaßte sich der Steuerausschuß des Reichstages mit der Anpassung der sozialen Abzüge bei der Einkommensteuer an die Geldentwertung. Eine Vorlage des Reichsfinanzministers sieht eine Erhöhung der Abzüge auf das 15fache der am 1. August in Kraft getretenen Beträge vor; doch erklärte Staatssekretär Zapf vom Finanzministerium gleich, daß dieser Betrag gegenwärtig nicht mehr ausreichend sei. Das 12- bis 15fache dürfte angemessen sein. Nach längerer Aussprache stimmte der Ausschuß einer Erhöhung des Abzuges auf das 15fache zu.

Einkommensteuerüberweisungen an die Gemeinden.

In einer gemeinsamen Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers vom 20. August d. J. werden die Regierungspräsidenten ermächtigt, bis spätestens zum 28. August an die Gemeinden (Gemeindeverbände) für das Rechnungsjahr 1923 einen Betrag in Höhe von 2160 v. H. des Einkommens von 1919 (16fache Garantiesumme für 1920) zur Auszahlung zu bringen. Die erforderlichen Mittel sind unter Berücksichtigung der etwa notwendigen Ausgleichungen bei dem Minister des Innern bis zum 1. September d. J. unmittelbar anzufordern. Die Daten sind genau innezuhalten.

Die Teuerung der Woche.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellte sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den 20. August auf das 753 730fache des Vorkriegsstandes. Das bedeutet eine Steigerung um 72,5 Prozent gegenüber der Vorwoche.

Die neue Buchhändlerschlüsselzahl: 1 000 000.

Die, Buchhändlerschlüsselzahl ist mit Wirkung ab Donnerstag, den 23. August, auf eine Million festgesetzt worden.

Stundung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer?

Die nach den Paragraphen 1, Abs. 6 und 2, Abs. 4 des Gesetzes über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer zulässigen Stundungsanträge, (falls das Einkommen 1923 nicht vier Fünftel des Einkommens von 1922 multipliziert mit dem für die Vorauszahlungen maßgeblichen Vielfachen erreicht) werden, wie uns der Hansa-Bund schreibt, am besten auf den Vergleich der Umsatzziffern der Monate Januar—Juli 1922 mit den gleichen Monaten des Jahres 1923 zu stützen sein. Hierbei dürfte bei der Industrie und dem Handwerk von den Mengen der hergestellten Waren, beim Handel von dem Verhältnis der Umsatzziffern zum durchschnittlichen Dollarkurs der einzelnen Monate auszugehen sein. Ferner können Anträge auch mit der Tatsache begründet werden, daß durch besondere, außergewöhnliche — im Jahre 1923 nicht zu erwartende Einnahmen — das Gesamteinkommen 1922 besonders günstig beeinflußt worden ist. — Der Hansa-Bund hat das Reichsfinanzministerium gebeten, die Finanzämter anzuweisen, daß sie mit Beschleunigung Vorbescheide auf die Stundungsgesuche vorbehaltlich späterer Nachprüfungen erteilen. Soweit auf Grund späterer Nachprüfungen Nachzahlungen zu erfolgen haben, sollen diese von den Zuschlägen von 15 bezw. 30 Prozent befreit werden, soweit der Steuerpflichtige auf Grund des Vorbescheides seine Zahlungen pünktlich bewirkt hat.

Durch die gewährten Stundungen wird die Rhein-Ruhr-Abgabe nicht beeinflußt, da es sich hier um eine reine Abgabe aus dem Vermögen handeln soll, die lediglich an die Einkommensteuer bezw. Körperschaftssteuer anknüpft.

Ueber den Beginn der neuen Tariferhöhung

herrscht immer noch Zweifel. Den Brief für 20 000 Mark darf man von morgen ab schreiben. Man setze sich also heute noch schleunigst hin und gratuliere allen seinen Verwandten und Bekannten zu allen Verlobungen, Hochzeite, Geburten, Taufen und was der erfreulichen Dinge mehr sind für ganze 1000 Mark im voraus.

Der Druckfehlerteufel

treibt in heutiger Zeit mit besonderer Vorliebe seine Scherze. Gestern griff er sogar den Dingen voraus und machte aus dem 100-Millionen-Schein einen 100-Milliarden-Schein.

Jubiläum der Feuerwehr.

Am kommenden Sonntag feiert die hiesige Freiwillige Feuerwehr ihr 58jähriges Bestehen. Nach einer Hauptübung am Vormittag auf dem Marktplatz, findet nachmittags im „Casino" ein Gartenfest und abends Tanz statt.

Ruhrkinder-Hetze.

Der Landbund Provinz Sachsen schreibt: Die im Luisenheim und in einzelnen Orten des Kreises Salzwedel untergebrachten Kinder aus Bövinghausen (Westf.) und Umgegend erhalten auffallend viel Briefe mit der Mahnung, sich ja nicht nach Rußland verschleppen zu lassen. Die Eltern teilen den Kindern mit, daß ihnen zu Ohren gekommen ist, die Ruhrkinder würden in diesen Tagen hier im unbesetzten Deutschland zu großen Transporten angesammelt und nach Rußland gebracht. Eindringlich ermahnen sie die Kinder, vorher ja zu fliehen und legen Beträge von 60—100 000 Mark den Briefen zur Flucht nach Halle bei, wo sie bei bekannten Familien Unterkunft finden und dann ins Ruhrgebiet zurückgeführt würden. Einzelne fünden sogar die Ankunft des Vaters in den nächsten Tagen an, damit die Kinder dann gleich mit zurückkommen können. Wer von dieser Tatsache hört, versteht sofort, was dahinter steckt. Alle diese Machenschaften sind zweifelsohne auf Betreiben der Franzosen zurückzuführen. Diese beabsichtigen, die Kinder ins Ruhrgebiet zurückzubekommen und dann durch Aushungern den passiven Widerstand zu brechen. Es gilt, hier in allen vorkommenden Fällen Kinder und Eltern entsprechend aufzuklären.

Kraftfahrzeugsteuer.

Das Finanzamt schreibt: Bei dieser Abgabe handelt es sich nicht um eine neue Kraftfahrzeugsteuer, sondern um eine einmalige außerordentliche Abgabe, für die Kraftfahrzeugsteuer nur Bemessungsgrundlage ist. Alle Personen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Kraftfahrzeug im Eigenbesitze haben, das am 1. August 1923 der Kraftfahrzeugsteuer nach Paragraph 4 des Gesetzes vom 8. April 1922 (Reichsgesetzblatt I Seite 396) unterlag, haben bis zum 5. September 1923 eine außerordentliche Abgabe zu entrichten. Die Abgabe beträgt für jedes Kraftfahrzeug das Fünfzigfache der um den Zuschlag erhöhten Kraftfahrzeugsteuer, die von dem Kraftfahrzeuge für die Dauer eines Jahres nach den am 1. September 1923 maßgebenden Vorschriften zu erheben wäre. Die Entrichtung hat bei der für die Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer zuständigen Stelle zu erfolgen. Bei der Entrichtung der Abgabe ist die Kraftfahrzeugsteuerkarte mit vorzulegen, damit ein entsprechender Vermerk auf derselben gemacht werden kann. Kraftfahrzeugsteuerkarten, auf denen der Vermerk über die Entrichtung der Abgabe fehlt, verlieren mit dem Beginne des Tages, der auf die Fälligkeit der Abgabe folgt, ihre Wirksamkeit. Die Steuer gilt als nicht gezahlt. Sie ist nochmals zu entrichten; für ihre Höhe gelten die zur Zeit der neuen Zahlung maßgebenden Vorschriften. Der Abgabe unterliegen nicht 1. im Besitze des Reiches, der Länder oder der Gemeinden (Gemeindeverbände) befindliche Kraftfahrzeuge; 2. Kraftfahrzeuge im Besitze von Personen, die im Inlande weder Wohnsitz, noch dauernden Aufenthalt, noch Grundbesitz oder Gewerbebetrieb haben, sofern sie eine Steuerkarte für die Dauer von nicht mehr als sechs Monaten gelöst haben; 3. Personenkraftwagen einschließlich der Kraftomnibusse, sofern sie ausschließlich der Ausübung des öffentlichen Fuhrhaltergewerbes dienen; 4. Lastkraftträder, Lastkraftwagen und Zugmaschinen; 5. Feuerwehr- und Krankenfahrzeuge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230823-18/fragment/page=0002

Die Miete für Geschäftsräume.

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat von der Ermächtigung, die ihm durch das am 1. Oktober in Kraft tretende Reichsmietengesetz übertragen wurde, Gebrauch gemacht und in dem Abschnitt „Allgemeine Bestimmungen" seiner „Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz" eine Anordnung von weittragender grundsätzlicher Bedeutung getroffen. Diesen zufolge werden von den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes ausgenommen Räume in Gebäuden, die, abgesehen von den Wohnungen des für die Verwaltung, Bewachung und Behetzung des Gebäudes notwendigen, hierfür angestellten Personals, ausschließlich gewerblichen, geschäftlichen oder industriellen Zwecken dienen." Hiernach unterliegt für derartige Räume die Bestimmung der Höhe des Mietzinses nicht mehr der gesetzlichen Festsetzung, sondern der Vereinbarung der Vertragschließenden. Kommt keine Vereinbarung unter ihnen zustande, so wird auf das Rechtsverhältnis der Mietparteien derselbe Grundsatz entsprechende Anwendung finden, der in einer Reihe sonstiger Vorschriften des bürgerlichen Rechts aufgestellt wird: die Angemessenheit oder Ueblichkeit ist für die Höhe des Mietzinses maßgebend. Es kann nicht fehlen, daß durch diese von den Ausführungsbestimmungen eingeführte Neuerung weiter eine Quelle von Streitigkeiten unter den Mietparteien geschaffen wird, und zwar für solche Streitigkeiten, die vor dem ordentlichen Gericht, nicht vor dem Mieteinigungsamt, auszutragen sind: dessen Zuständigkeit ist nämlich am Schlusse der erwähnten „Allgemeinen Bestimmungen" dahin begrenzt, daß es auf Anrufen eines Vertragsteils darüber entscheidet, „ob die Voraussetzungen vorliegen," nämlich ob es sich um einen ausschließlich gewerblichen, geschäftlichen oder industriellen Zwecken dienenden Raum handelt.

Das Musizieren der Beamten.

Aus der freien Musikerschaft sind oft Klagen über den Wettbewerb der beamteten Musiker laut geworden. Das Preußische Staatsministerium hat das zum Anlasse genommen, um jetzt folgende Grundsätze für die Genehmigung zum gewerbsmäßigen Musizieren der Beamten zu beschließen: Eine Genehmigung zum gewerbsmäßigen Musizieren der Beamten wird grundsätzlich nicht mehr erteilt. Gewerbsmäßiges Musizieren liegt vor, wenn diese Beschäftigung auch nur zeitweilig in regelmäßiger Wiederholung ausgeübt und zu einer Erwerbsquelle gemacht wird. Die bloße gegenseitige Beteiligung an Musikaufführungen, d. h. Beteiligung in einzelnen, nicht zu eng aneinanderliegenden Fälle gegen Bezahlung ist kein Gewerbebetrieb. Beim Musizieren gegen Entgelt in irgendeiner Form muß dem Leiter der Behörde rechtzeitig zuvor Art, Tag und Ort der Veranstaltung und die Dauer der Musikausübung angezeigt werden. Musikvermittlung durch Beamte ist verboten.

Zum Reichsschulgesetz.

Auf eine im preußischen Landtag gestellte Anfrage über den Reichsschulgesetzentwurf und die etwaige Einbringung eines Notgesetzes hat Minister Dr. Boelitz schriftlich folgendes geantwortet: Die preußische Unterrichtsverwaltung erkennt die Schwierigkeit und die unbefriedigende Lage an, in der sich die Anhänger der weltlichen Schule befinden, weil diese in der Reichsverfassung gewährleistete Schulreform noch nicht durch ein Reichsgesetz verwirklicht ist. Sie ist ständig von dem Standpunkte ausgegangen, daß bis zu der in der Verfassung geforderten Ausführung des Artikels 146 in der Reichsverfassung selbst ein Widerspruch zwischen ihren verschiedenen Bestimmungen, insbesondere zwischen den Artikeln 174 und 149, besteht, der endgültig nur durch ein Reichsausführungsgesetz zu lösen ist. Die preußische Unterrichtsverwaltung kann entsprechend dem Beschlusse des Landtags vom 7. Juni 1923 und entsprechend ihren eigenen ständig in dieser Richtung abgegebenen Erklärungen bis zum Erlasse dieses Ausführungsgesetzes weltliche Schulen im Sinne der Reichsverfassung nicht zulassen. Sie weiß, daß ein Notweg, der im Rahmen des Artikels 174 der Reichsverfassung blieb, die Anhänger der weltlichen Schule nicht voll befriedigen kann. Auf der anderen Seite aber werden die Anhänger der bisher bestehenden Schularten schon durch die in diesem Rahmen sich haltenden vorläufigen Maßnahmen beunruhigt, die die Verwaltung in der Uebergangszeit getroffen hat, um Schulkonflikte zu beseitigen, die auf der gegenwärtigen Unausgeglichenheit der Bestimmungen der Reichsverfassung beruhen. Der auf derartige Besorgnisse zurückgehende Landtagsbeschluß vom 7. Juni 1923, dem die Unterrichtsverwaltung nach Möglichkeit Rechnung trägt und tragen wird, beunruhigt aber wieder die Anhänger der weltlichen Schule. Bei diesen auf die Dauer unerträglichen Verhältnissen, die auf allen Beteiligten schwer lasten, wird die preußische Unterrichtsverwaltung nach wie vor bei den zuständigen Organen des Reiches mit allen Mitteln dahinwirken, daß auf jede mögliche Weise eine reichsgesetzliche Lösung dieser Schwierigkeiten baldigst gesucht und geschaffen wird.

Die Bekanntmachung von Bestrafungen wegen Steuerhinterziehung.

Die Art der Bekanntmachung bei gerichtlicher Bestrafung wegen Steuerhinterziehung ist ache des Finanzamtes und nicht des Gerichtes. Diese Entscheidung hat das Reichsgericht in einem Urteile gefällt, das jetzt den Steuerbehörden mitgeteilt wird. Es war in einer Entscheidung angeordnet worden, daß die Verurteilung auf Kosten der Angeklagten einmal in einer bestimmten Zeitung öffentlich bekanntzumachen ist. Dabei wurde übersehen, daß nach der abgabenordnung in der Straferkenntnis nur angeordnet werden kann, daß die Bestrafung auf Kosten des Verurteilten bekanntzumachen ist. Die Art der Bekanntmachung hat dagegen ebenfalls nach der Abgabenordnung das Finanzamt zu bestimmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses eine Art der Bekanntmachung für genügend erachtet, die für den Betroffenen weniger lästig ist, insbesondere geringere Kosten verursacht. Die ungesetzliche Anordnung der Strafkammer war desgalb aufzuheben, selbst zu gunsten eines Mitangeklagten, der selbst keine Revision eingelegt hatte.

* * *

100 Jahre Gottfried Lindner A.-G.

Am 23. August 1823 begann Gottfried Lindner in einem Grundstück in der Steinstraße in Halle den Bau von Kutschwagen. Durch gute und geschickte Arbeit wurden seine Erzeugnisse bald bekannt und er brauchte nicht mehr für den Markt zu arbeiten, sondern erhielt genügend feste Bestellung. Nachdem ein Schlaganfall den Begründer des Unternehmens zu früh aus einem tatenreichen Leben gerissen hatte, übernahm der zweite Sohn Heinrich das Geschäft, unter dessen Händen es aus dem handwerksmäßigen in den fabrikmäßigen Betrieb überführt wurde. 1865 wurde der 1000. Wagen hergestellt. Nachdem noch 1873 Heinrich Lindner und sein Unternehmen gelegentlich des 50jährigen Bestehens die verdiente Anerkennung in der Oeffentlichkeit erhalten hatten, setzte der Tod auch seinem Wirken am 27. Januar 1875 ein Ende. Seine Gattin betraute den Schwiegersohn, Justus Rudolph, mit der weiteren Leitung des Unternehmens, unter dem 1890 der Bau von Straßenbahnwagen aufgenommen wurde. 1895 traten dann die herangewachsenen Söhne Heinrich und Reinhardt Lindner in die Geschäftsleitung mit ein. Reinhardt Lindner schied jedoch nach zwei Jahren wieder aus. 1899 legte dann ein auf unaufgeklärte Weise entstandenes Feuer die ganze Fabrik in Asche. Schnell wurden jedoch in der Berliner Straße primitive Werkstätten wieder eingerichtet und der Betrieb provisorisch weiter geführt. Um jedoch die eigentliche Fabrik wieder zu errichten, mußte man nach einem neuen Grundstücke suchen, da das alte in der Steinstraße nicht mehr geeignet war. Man fand es bei Ammendorf, wo noch heute die Werke stehen. Im Jahre 1900 konnte der Betrieb dort bereits aufgenommen werden. Jetzt erhielt das Werk auch Probeaufträge der preußischen Eisenbahnverwaltung, denen dann bald regelmäßige Aufträge folgten. Bald liefen auch ausländische Staatsaufträge ein. Ständig mußten die Anlagen vergrößert werden. 1903 wurde das Unternehmen in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt, die dann wieder 1905 in eine Aktiengesellschaft überführt wurde. Der Vorstand wurde von den bisherigen Inhabern, Heinrich Lindner und Justus Rudolph, gebildet, der erste Aufsichtsrat bestand aus den Herren Bankhern Kurt Steckner, Justizrat A. Herzfeld, Kommerzienrat Hugo Eichhorn, Großkaufmann Gustav Krevenburg, Kaufmann Paul Hofmeister und Ingenieur Reinhardt Lindner. So hat das Unternehmen die Form erlangt, in der es heute besteht. Die Männer haben gewechselt, Tod und Krankheit haben manchen ausscheiden lassen. Andere Männer sind an ihre Stelle getreten und führen weiter, was Unternehmungsgeist ersonnen und geplant, mit gleicher Tatkraft und Energie wie ihre Vorgänger.

*

Heute vormittag fand eine Jubiläumsfeierlichkeit statt, zu der Vertreter verschiedener Ministerien und fast alle Direktoren der umliegenden Werke erschienen waren. Das Portal zur Fabrik war mit Blumen in unermeßlicher Menge geschmückt. Eine den Arbeitern anläßlich des Tages zugedachte Spende wurde von den Arbeitern selbst kranken und arbeitsunfähigen Kollegen überwiesen.

Letzte Depeschen

Der Dollar 5080000.

Berlin, 23. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Dollar notierte heute vorbörslich um 10 Uhr 5 500 000, um 12 Uhr 5 200 000.

Amtlich 5 067 300—5 092 700 bei 12½prozentiger Repartierung.

Die Beratung der Notverordnungen.

Berlin, 23. August. (Eigener Drahtbericht.) Das Reichskabinett wird heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zusammentreten. In dieser Sitzung wird voraussichtlich die endgültige Formulierung der angekündigten Notverordnung des Reichspräsidenten erfolgen. Die Verordnung selbst wird unmittelbar darauf herausgegeben werden. Das Ziel der Notverordnung ist in erster Linie die Schaffung eines Devisenfonds zur Stabilisierung der Währung und zur Sicherung von Devisen zu Lebensmittelkäufen im Ausland.

Wie die „B. Z." weiter erfährt, wird in der heutigen Kabinettssitzung vermutlich auch das Verhältnis zwischen Regierung und Reichsbank eine Klärung erfahren. Es ist damit zu rechnen, daß in kürzester Frist, jedenfalls noch in dieser Woche, eine Aenderung in den leitenden Stellen der Reichsbank eintritt.

Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags.

Berlin, 23. August. (Eigener Drahtbericht.) Wie angekündigt, trat heute vormittag 10 Uhr der Hauptausschuß des Reichstags zu einer Sitzung zusammen. Doch hat bisher die angekündigte Rede des Reichskanzlers Dr. Stresemann noch nicht stattgefunden, vielmehr war bald nach Beginn der Sitzung Finanzminister Hilferding erschienen, um ein umfangreiches Exposee über die Finanzlage zu geben.

Befriedigender Fortgang der Goldanleihe.

Berlin, 23. August. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, laufen die Zeichnungen auf die Goldanleihe in befriedigender Weise ein. Namentlich in den letzten Tagen ist das Ergebnis besonders günstig.

Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.

London, 23. August. Wie bereits gemeldet, tritt am 30. August der Völkerbundsrat unter dem Vorsitz des Grafen Ishii in Genf zusammen. Unter anderem steht auf der Tagesordnung die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde, für die insbesondere Lord Robert Cecil und General Smuts aus der Erwägung heraus eintreten, daß dann der Völkerbund eher in der Lage sein werde, eine brauchbare Lösung des Reparations- und Ruhrproblems und der gesamten Wirtschaftslage Europas einzuleiten.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin, 22. August. Die bevorstehenden Maßnahmen der Regierung bewirkten an der heutigen Börse eine stark abwartende Haltung des Devisenmarktes. Die innere wirtschaftliche Lage ist äußerst ungünstig. Die Stillegung der Industrie nimmt von Tag zu Tag zu, so daß stärkste Zurückhaltung das Kennzeichen des Devisenmarktes war. Zuteilung für die Hauptdevisen 12½ Prozent. Der Newyorker Schlußkurs lautete heute auf 4 444 000 Dollarparität. Zum Schluß wurde der Dollar hier mit 5,7 Millionen gehandelt. Polennoten 2050—2150.

Amtl. Devisenkurse vom 22. August.

Amsterdam 2 094 750—2 105 250, Kopenhagen 987 525—992 475, Stockholm 1 411 462 50—1 418 537 50, Rom 229 425—230 575, London 24 139 500—24 260 500, Newyork 5 286 750—5 313 250, Paris 301 245—302 755, Zürich 957 600—962 400, Prag 155 610—156 390

Effektenbörse.

Berlin, 22. August. Die Haltung der Effektenbörse war völlig uneinheitlich, im Durchschnitt war jedoch die Tendenz fest. Am Montanmarkt lagen Laura um 15 niedriger, Kattowitzer Bergbau verloren 1,5, Bochumer 5 und Riebeck Montan 6 Millionen. Höher notierten Hohenlohe plus 3,5. Stürmisch gefragt blieben Gelsenkirchener und Luxemburger mit 30 Millionen Prozent. Am Elektrizitätsmarkte gewannen Akkumulatoren 2,250, Felten u. Guilleaume 3. Buschwaggon erzielten einen Gewinn von 1, Linke-Hoffmann einen solchen von 3, Hannoversche Waggon büßten allerdings 2 Millionen ein. Schwächer war der Markt der Maschinenwerte, wenn sich auch die Abschwächungen in geringen Grenzen hielten. Den größten Verlust hatten hier R. Wolf mit — 2,5, Schubert u. Salzer mit — 2 Millionen. Ostwerke verloren 1 Million. Deutschpetrol verloren 750 und Deutsche Erdöl 1 Million. Bemerkenswert war die feste Haltung der deutschen Renten. Hier gewannen u. a. 3½prozentige Reichsanleihe 5000, 3prozentige Reichsanleihe ebenfalls 5000, 4prozentige preußische Konsols gewannen sogar 8000. Ausländische Renten schwächer. Schiffahrtswerte büßten ebenfalls etwas ein. So verloren Hamburg-Süd 4 Millionen. Berliner Handelsgesellschaft verloren 3,5 Millionen, Darmstädter und Nationalbank 1, während sich im übrigen die Abschwächungen um 500 000 herum bewegten. Die Abschwächung am Effektenmarkt schien in der zweiten Börsenstunde nicht anhalten zu wollen und sie wird durch Rückkäufe ausgeglichen werden. Dies machte sich besonders am Markte der unnotierten Werte bemerkbar.

Produktenmarkt.

Berlin, 22. August. Infolge reichlichen Angebots zeigte der Markt Neigung zur Abschwächung, zumal die Käufer ziemlich zurückhaltend waren.

(Nichtamtlich). Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 2—2,1 Mill., do. Haferstroh 1,9—2 Mill., do. Gerstenstroh 1—1,7 Mill., Roggenstroh 1,9—2 Mill., bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1,75—1,85 Mill., loses Krummstroh 1,5—1,6 Mill., Häcksel 530—580 000, handelsübl. Heu 1,8—1,9 Mill., gutes Heu 2—2,1 Mill. (für 50 Kg.)

Mittagsbörse: (Amtlich, Preise in 1 000 Mark) Weizen märk. 9 750—10 000, Roggen, märk. 6 000—6 250 Roggen, westpr. 5 750, Gerste (Winter) 8 000—7 500, Gerste neue 7 500—7 250, Hafer märk. 8000—8250, Hafer schles. 5800—7750, Weizenmehl, 70% (D.-3) 35 000—38 000, Roggenmehl, 70% (D.-3) 22 000—24 000, Weizenkleie 4700—5000, Roggenkleie 5000—5200, Raps 7500—8000, Erbsen, Viktoria 15 000—18 000, Kleine Speiseerbsen 13 000—15 000, Futtererbsen 10 000—11 000, Wicken 6000—8000, Blaue Lupinen 3500—4500, Gelbe Lupinen 5500—6500, Rapskuchen 5750, Trockenschnitzel 3000—3500 Torfmelasse 3000—3500, Kartoffelflocken 5500—5700.

Schlachtviehmarkt.

Berlin, 22. August. (Preise in 1000 Mark). Auftrieb: Rinder 1918, Bullen 451, Ochsen 601, Kühe und Färsen 866, Kälber 1112, Schafe 2639, Schweine 1380, Ziegen 36. Marktverlauf: Der Handel litt im allgemeinen an Geldmangel. Bei Rindern und Schweinen glatt, bei Kälbern und Schafen ruhig; ausgesuchte Ware über Notiz. — Ochsen: 300—440 000, Mark, Bullen: 290—430 000 Mark, Färsen und Kühe: 200—440 000 Mark, Kälber: 350—750 000 Mark, Schafe: 300—580 000 Mark, Schweine: 600—750 000 Mark.

Ein Kreditinstitut für die Zuckerindustrie.

Von der in der Mitteldeutschen Rohzucker-Vereinigung zusammengeschlossenen Raffinerien Halle und Rositz und 37 Rohzuckerfabriken ist mit dem vollengezahlten Goldkapital von vorläufig 400 000 Mark unter dem Namen „Zuckerkreditbank A.-G." mit dem Sitz in Berlin ein Organ gegründet worden, das dazu bestimmt ist, der Zuckerindustrie auf wertbeständiger Grundlage die beim Uebergang von der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft erforderlichen großen Geldmittel zu beschaffen. Zum Vorstand ist bestellt worden Gustav Freiherr v. Nordenflycht, Direktor der Deutschen Aktiengesellschaft für Landeskultur in Berlin.

Berliner Metallpreise vom 22. August.

Elektrolytkupfer 1 738 800, Raffinadekupfer 1650—1 680 000, Weichblei 655—675 000, Rohzink 860—890 000, Bancazinn 4800—5 000 000, Nickel 3000—3 200 000, Barrensilber (ca. 900 f.) 10¾—11 Millionen.

Großhandelspreise in Leipzig im Verkehr mit dem Einzelhandel.

(Preise für ½ Kg. ab Lager Leipzig.) (Alles in 1000 Mark): Kaffee, roh 1200—2000; Kaffee, geröstet 1500—2500; Getreidekaffee 160—200; Korinthen, 1922er Ernte, 800—900; Rosinen, 1922er Ernte 500—650; Sultaninen in Kisten 750—1025; Mandeln, bittere 800—950; Mandeln, süße 1200—1400; schwarzer Pfeffer 900—1000; weißer Pfeffer 1250—1350; Piment 700—800; Speiseöl 850—900; Heringe, gesalzen (in Orig.-Tonnen) Schotten 55—65 000; do. Norweger 29—37 000; Gerstengraupen 225—230; Haferflocken, lose 230—240; do. in Paketen 240—250; Kartoffelmehl 150—165; Weizenstärke 350—370; Reisstärke 440—460; glac. Tafelreis 270—320; Burma-Reis 210—220; Bruchreis 180—190; Weizengrieß 270—280; Weizenmehl 215—220; Speiseerbsen 240—280; Maccaroni 340—400; Schnittnudeln 300—350; Hirse 230—240.

Aus Provinz und Reich

Eine halbe Milliarde von einem 13jährigen Schüler gestohlen.

Leipzig, 22. August. Einen dreisten Diebstahl verübte am Dienstag in Gautzsch ein 13jähriger Schüler, der aus der Parterrewohnung eines Kohlenhändlers den Betrag von 500 Millionen Mark entwendete und das Geld zum größten Teile im Walde (in der Lauer) versteckte. Ueber den Diebstahl erfahren wir folgende Einzelheiten: In Gautzsch wurde am Dienstag aus der Parterrewohnung einem Kohlenhändler eine halbe Milliarde Mark gestohlen. Der Betrag stammte z. T. aus dem Erlös für verkaufte Pferde, das übrige Geld sollte zum Einkauf von Kohlen dienen. Durch die Aufmerksamkeit eines Geschäftsinhabers ist der Kohlenhändler glücklicherweise wieder in den Besitz des Geldes gelangt. Ein 13jähriger Junge kam nämlich in ein Ladengeschäft in Gautzsch, um Schreibfedern zu kaufen, die er mit einem 50-Millionen-Mark-Schein bezahlen wollte. Dem Geschäftsinhaber kam die Sache verdächtig vor und er erstattete Anzeige bei der Polizei, da er von dem Einbruch bei dem Kohlenhändler Kenntnis erhalten hatte. Die Polizei machte alsbald den Jungen in der Schule ausfindig und nahm ihn ins Verhör, worauf das Bürschchen den Diebstahl eingestand. 360 Millionen Mark hatte er in der Lauer versteckt, wo sie auch gefunden wurden.

Stillegung der Berliner Straßenbahn.

Berlin, 23. August. Der Aeltestenausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern Abend folgenden Beschluß gefaßt: Der Magistrat und die Verkehrsdeputation sollen sofort alle technischen Möglichkeiten erwägen, die zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Straßenbahn, besonders zur Verminderung der Unkosten beitragen können. Der Aeltestenausschuß hält eine vorübergehende Stillegung der Straßenbahn und die Kündigung des gesamten Personals für unbedingt notwendig. Der Aeltestenausschuß betont, daß die Stillegung im gegebenen Falle nur vorübergehend sein darf, bis die Ueberführung der Straßenbahn in eine andere Wirtschafts- und Betriebsform geschehen ist. — Dieser Beschluß, dem der Magistrat in später Nachtstunde beigetreten ist, konstatiert den völligen Zusammenbruch des städtischen Verkehrsunternehmens. Ueber die zu schaffende neue Betriebsform, ob städtische G. m. b. H. oder Aktiengesellschaft, hat der Aeltestenausschuß sich gestern nicht geeinigt und auch der Magistrat hat diese Frage noch offen gelassen.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: H. Kegler. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230823-18/fragment/page=0003

Sidi Marik.

Roman von L. vom Vogelsberg.

Amerikanisches Copyright 1920 by Carl Duncker, Berlin

(31) Nachdruck verboten.

Als er an der Residentur vorüberging, sah er einen Aushang, eine Art Steckbrief angeschlagen. Er las ihn, erst mit halber Neugier, dann immer erstaunter, zuletzt unter Aerger und Lachen; dieser Steckbrief da war ganz offenbar auf ihn gemünzt. Er handelte von einem Schech der Tuareg, der im Gebiet der Beni Humajun hausen sollte, Zauberei und Wegelagerei betrieb und friedliche Reisende überfiel. Es war eine ganze Reihe von Schandtaten und Greueln aufgezählt, die der Mann, dessen Namen man nicht kannte, schon begangen hatte oder noch begehen sollte. Und schließlich war der Preis von fünfhundert Frank für den ausgesetzt, der den gefährlichen Kerl lebend, und hundert für den, der ihn tot bringen würde. Obgleich sie praktisch bedeutungslos war, so interessierte Sidi Marik doch die Sache. Er ging in die Schreibstube, erklärte den Grund seines Kommens und erzählte mit unbewegter Miene, daß er glaube, schon einmal mit dem Tuareg unliebsame Bekanntschaft gemacht zu haben. So viel er aber wisse, handle es sich gar nicht um einen Eingeborenen aus jener Gegend, sondern um ein Kind der guten Stadt Algier. Sein Arbeitsgebiet liege nicht da, wo angegeben, sondern dicht vor den Toren der Stadt. Der Beamte hörte erst gleichgültig, dann aufmerksamer und zuletzt mit entsetzt aufgerissenen Augen zu. Vor Algier? Da konnte ja sein eigenes Wohlbehagen gestört werden. Monsieur sollte ja nicht ohne Waffen in das Innere gehen! Auf die Frage nach dem, der die Anzeige erstattet habe, wurde ihm Abu Meck genannt. Und schließlich kams heraus, daß der Gauner seine Schatzanweisung ahnungslos abgeliefert und seine Fünfundzwanzig vollzählig erhalten hatte. Damals sah er wohl wie Sidi Marik den Zettel dem Fräulein übergab und glaubte nun, sich auf diese Art rächen zu können.

Sidi Marik ging. Die Unverschämtheit des Kerls ärgerte ihn doch ein wenig, aber er vergaß die Geschichte bald wieder. Schließlich kaufte er noch eine gute Büchse und Schießbedarf, obgleich er davon genug im Duar liegen hatte, und wenige Tage darauf, an einem schönen Dezembermorgen, setzte sich die lange Karawane in Bewegung. Ueber Sidi Marik war eine eigenartige Stimmung gekommen. Er gab zwar nichts auf Stimmungen, aber doch konnte er ein Gefühl nicht los werden, das fortgesetzt zwischen Hoffnung und Bangen schwankte. Es war doch wohl weiter nichts als eine Erscheinung, wie sie gelegentlich einmal bei jedem Menschen zu finden ist, der sich längere Zeit von dem Ort seiner Wünsche entfernt halten muß. Zwischendurch spürte er Wallungen des fröhlichsten Lebensmuts. Der Patron der Karawane war ein lustiges Haus und weit im Land herumgekommen. Sein grauer Kopf barg die tollsten Geschichten und Eulenspiegeleien, die er unermüdlich zum besten gab. Auch in dem Problem der Ehe steckte er bis über die Ohren. Er nannte — ein seltener Fall bei kleinen Leuten — zwei Gattinnen sein eigen und seine diesbezüglichen Erfahrungen gab er in tragikomischer Weise, als Extrakt gewissermaßen auf den fünfzigsten Teil ihres Umfangs eingedickt, wieder.

„O Herr, der Mensch ist ein Narr und bleibt einer", philosophierte er, „hast du kein Weib, bereust du es, hast du eins, bereust du es auch. Was sollst du machen? Nimm zwei Frauen, dann ist deine Reue wenigstens echt!"

Trotz allem schien er mit seinen beiden Gesponsinnen recht gut auszukommen, denn er freute sich schon jetzt wieder auf die Heimkehr. Er wollte verschiedene Tuaregstämme besuchen und dort Wolle, vielleicht auch Erzeugnisse der Hausindustrie kaufen, damit die Tiere nicht leer zurückgingen. Seine gute Laune verscheuchte auch die düsteren Gedanken Sidi Mariks. Die unfehlbare Wirkung der Wüstenluft machte sich auch bei ihm mit aller Macht wieder geltend. Er zog gewissermaßen wieder einen neuen Menschen an, der alles, was trüb und grau war, hinter sich ließ. Sonne war wieder um ihn, ein strahlender Himmel, all das Drum und Dran des Fremdartigen, das ihm doch so vertraut war. Frei, ganz frei war er. Der graue Patron erzählte eben unter dem Gelächter der andern ein paar Schildbürgerstreiche der in Algerien von Gott und den Franzosen eingesetzten Obrigkeit.

Sidi Marik warf von ungefähr den Namen des Abu Meck hin. Ein brausendes Gelächter erhob sich. Der Nordafrikaner ist für ein nettes Rätselspiel immer zu haben, wenn Geist oder doch wenigstens Witz dabei ist. Abu Mecks Mißgeschick war im ganzen Land bekannt geworden und man gönnte es ihm. Sind Gaunereien dort im allgemeinen keine Schande, so war doch die Art Mecks zu wenig fein und ein langer Maghrebiner prophezeite, daß dies nicht die letzten Prügel gewesen seien, die auf Abu Mecks Buckel gekanzt.

Der graue Sünder war sozusagen von seinem Stamm losgelöst, trieb sich im ganzen Land herum und suchte Unfug anzustiften, wo er konnte, natürlich, um seinen Profit zu machen. Während sie abends beim Feuer lagen, überschlug Sidi Marik seine Zukunftspläne. Da unten im Westen, einen Tagerit vom Duar der Beni Humajun, lag ein weites, gartengleiches Land, wie er es schöner kaum irgendwo gesehen hatte. Tropen und Subtropen schienen sich hier die Hand zu reichen, um der Erde ein unerschöpfliche Fülle der schönsten Früchte mühelos zu entlocken. An diesem Gartenland stießen die Gebiete dreier Stämme zusammen, die die Fläche auf bestimmte Strecken beweideten. Das Land selbst galt als neutral, als gemeinschaftlicher Besitz der Stämme, der von einem besonderen Schech verwaltet wurde. Dieser wurde aus einem der Stämme gewählt und obgleich das freundschaftliche Verhältnis recht gut war, so hatte man sich seit Monaten, nachdem der seitherige Hüter gestorben war, noch nicht wieder auf eine neue Vertrauensperson einigen können. Sidi Marik erinnerte sich, daß ihm Said Ibrahim mehrmals andeutungsweise Vorschläge gemacht hatte, dahingehend, daß er das verwaiste Amt übernehmen sollte. Damals hatte ihm der Gedanke ferngelegen, jetzt erschien er ihm nicht nur annehmbar, er war sogar befreundet und oft Gast ihres Schechs gewesen; sie machten ihm sicher keine Schwierigkeiten. Es war das Land, das ihm schon in seiner Jugend vorgeschwebt. Schön wie ein Märchen, friedlich inmitten einer reichen Natur, Hülle und Fülle für das Lebens Notdurft; dort konnte er seinen Arbeiten nachgehen, monate-, jahrelang, ungestört. Mit Lel. Schon so weit mit sich im Reinen, daß er bereits einige Kameelladungen Holz mit sich führte, um ein lustiges Sommerhaus dort aufzustellen. Mit den beteiligten Stämmen war er befreundet und oft Gast ihres Schechs gewesen; sie machten ihm sicher keine Schwierigkeiten. Es war das Land, das ihm schon in seiner Jugend vorgeschwebt. Schön wie ein Märchen, friedlich inmitten einer reichen Natur, Hülle und Fülle für des Lebens Notdurft: dort konnte er seinen Arbeiten nachgehen, monate-, jahrelang, ungestört. Mit Lel . .

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung!

Der Verbandsausschuß hat in seiner Sitzung vom 20. August 1923 die Abänderung der §§ 3, 4 und 9 wie folgt beschlossen:

§ 3.

Tarif.

b) Die elektrische Arbeit kostet

für Beleuchtung . . . . . Mk. 360.— je kwh
für Kraft und gewerbliche Zwecke Mk. 320.— je kwh

unter Zugrundelegung eines Kohlenpreises von Mk. 24 000.— für 10 t Förderbraunkohle. Diese Strompreise erhöhen oder erniedrigen sich im gleichen Verhältnis wie die Preise der Förderbraunkohle mit der Maßgabe, daß der Festsetzung der Strompreise der am Ende des Liefermonats bezw. am 1. des der Lieferung folgenden Monats geltende Kohlenpreis zugrunde zu legen ist. Der jo ermittelte Strompreis wird multipliziert mit der Zahl, die sich ergibt, wenn man den zur Zeit der Rechnungserteilung tariflich festgesetzten höchsten Spitzenlohn des Arbeitgeberverbandes der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke Mitteldeutschlands dividiert durch den Spitzenlohn des Liefermonats. Maßgebend für die obige Berechnung ist der Kohlenpreis, wie er vom Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat für die Förderbraunkohle im Reichsanzeiger bekannt gemacht wird.

§ 4.

c) Die monatliche Leihgebühr für den Elektrizitätszähler beträgt für Anschlüsse bei einer Anlage bis zu

1 000	Watt	Anschlußwert	Mk.	1 800.—
2 000	„	„	„	4 200.—
3 500	„	„	„	5 400.—
5 000	„	„	„	6 300.—
9 000	„	„	„	8 400.—
12 500	„	„	„	10 800.—
15 300	„	„	„	14 400.—
17 000	„	„	„	18 000.—
21 250	„	„	„	27 000.—
darüber	„	„	„	36 000.—

Die vorstehenden Leihgebühren erhöhen oder erniedrigen sich im gleichen Verhältnis wie die Normaltarife für Licht- und Kraftstrom.

Für die Ueberlassung von Kraftzählern gelangen bis auf weiteres als Kostenzuschuß die Anschaffungskosten zur Erhebung, soweit sie den 3 fachen Friedenspreis übersteigen.

§ 9.

Zahlungsverpflichtung des Stromabnehmers.

a) Auf Grund des durch den Elektrizitätszähler ermittelten Verbrauches wird der Betrag der vorläufig ohne Berücksichtigung von Rabatten ausgestellten Rechnungen, zusammen mit der Miete für Elektrizitätszähler und Elektromotoren, von den Konsumenten monatlich eingezogen. Die Zahlung hat sofort bei Vorzeigung bezw. Eingang der Rechnung zu erfolgen. Einwendungen gegen die Richtigkeit der Rechnungen dürfen die Zahlung nicht aufhalten; sie müssen spätestens 10 Tage nach Eingang der Rechnung geltend gemacht werden und finden bei der nächstfolgenden Monatsrechnung Berücksichtigung. Gleichzeitig mit jeder Monatsrechnung gelangt eine Abschlagszahlung auf den Strombezug des laufenden Monats zur Erhebung, welche bis zu 200% der jeweiligen Normonatsrechnung betragen kann. Rabatte gelangen von der letzten Monatsrechnung des Jahres in Abzug. Uebersteigende Beträge werden auf den Stromverbrauch des neuen Jahres angerechnet.

Theißen, den 21. August 1923.

Elektrizitätsverband Weißenfels-Zeitz.
Der Verbandsvorsteher.
gez. Scharfenberg.

Schokoladen Zuckerwaren etc.
kaufen Wiederverkäufer am billigsten bei
Willy Voigt, vormals: Bachran & Co., Halle a. S.
Markt 6, gegenüber der Börse. — Telefon 4736.

Versteigerung! Am Freitag, vorm. 11 Uhr, versteigere ich in Merseburg, innerer Schloßhof, infolge Wegzugs im freiwilligen Auftr. div. **Einzelmöbel** wie 2 rd. Marmortische, 1 gr. Tisch m. Linol.-Belag, Schränke, Arbeitstafeln und -Tische, Polsterhocker, Spiegel, Handtuchhalter, Küchen-Regale, -Leiter, **Gartenmöbel**, Tisch, Stühle, Blumentisch, Leiter, Gardinen-Stangen, Beleuchtungskörper, Haus- u. Küchengeräte, 1 Paar Reitstiefeln und vieles andere mehr. Besichtigung 2 Stunden zuvor.
Herm. Thiemig, Auktionator und Taxator, Leipzig, Gottschedstraße 32.

Goldbuchführung.
Jeder Kaufmann muß heute in seinen Büchern **Goldwert und Papierzahlung** nebeneinander führen. Ohne solche Anordnung ist nicht mehr auszukommen.
Wir liefern in kürzester Frist Geschäftsbücher mit Gold- und Papier-Kolonnen in allen gewünschten Ausführungen und Liniaturen.
Probeblätter und Mustereinbände können in unserer Zweiggeschäftsstelle Gotthardtstraße 38 eingesehen und bestellt werden.
Auf Wunsch Vertreterbesuch.
Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Bade dich gesund mit „Dr. Hermsens medizinischen Badezusätzen"!
Keine teure Badereise nötig!
Dr. Hermsens künstliche Heilquellen-Kurbäder im Hause, Aachener, Baden-Badener, Elsterer, Kissinger, Homburger, Kreuznacher, Nauheimer Herzheilbäder, Neuenahrer, Pyrmonter, Reichenhaller, Salzschlirfer, Wiesbadener Kurbäder, Moorbad im Hause, Dr. Hermsens Luxusbad und Dr. Hermsens Eis-Polar-Bad.
Man frage seinen Arzt.
In allen Bade-, Heil- und Kuranstalten verabreicht.
Zu haben in Apotheken u. Drogerien, wo nicht, direkt durch
Aufklärende Broschüre gegen 200 M. Porto
Hermsen-Werke
Vereinigte Chemische Fabriken
Berlin-Friedrichshagen.
Grösste Fabrikation Deutschlands in Fichtennadelextrakt und anderen medizinischen Badezusätzen.

Gallensteinleidende verwenden Antigallin.
In allen Apotheken zu haben.

GOLD- Silber-, Platin-Bruch, Zahngebisse, Brillanten kauft luxussteuerfrei
HOLLAND,
Halle, Schülershof 10.

Zement-Kalk
bester Beschaffenheit wieder lieferbar.
Michelbriket-Verkaufsstelle m. b. H.
Neumarkt 67. Telefon 82.

Biete an:
1. **Maschinenfabrik am Bodensee,** mit sämtlichen Werkzeug-Maschinen und Betriebsmaterialien, Ansicht und Lagerplan liegt zur Einsichtnahme aus
2. **Villa am Bodensee,** mit zirka 2 Morgen Garten und sämtlichem Mobiliar
3. **Villa in Baden-Baden,** mit zirka 1000 qm Garten und sämtlichem Mobiliar
4. **Geschäftshaus am Markt,** mit freiem Laden, Ladenstube und Lagerräumen
5. **Laden-Geschäft im Zentrum,** großem Laden und 2 Wohnzimmern gegen Tausch
6. **Große helle Fabrik-Räume,** 280 qm, im Zentrum, auf 10 Jahre zu vermieten.

Anfragen an
W. Gaffke, Halle a. S.
Trothaerstraße Nr. 10
Telephon 2931
Sprechzeit: 7—11 Uhr vormittags.

H. Pohl
Leipzig
Wollhandlung
Sophienstraße 36,
Telefon 11516.
Stets Einkauf von
Schafwollen,
gewaschen u. ungewaschen.
Gegenlieferung von Garnen, Wollwaren usw.
Angebote erwünscht.
Beste Absatzquelle für Händler.

Guterhalt. Grude zu kaufen gesucht. Off. u. B. U. 58 a d. Exp d Bl

Hündin, schön Tier, mit 4 fünf Wochen alten Jungen, gibt sehr billig ab
C. Frey, Lauchstädt.

Wohnungs-Tausch!
Schöne Wohnung, Stube, Kammer u. Küche, in herrl. Lage Dresdens (Villenviertel) gegen gleiche in Merseburg zu tauschen gesucht. Näheres bei
Ernst Sauer,
Hirtenstr. 51, b. Frau Zorn von 5 Uhr abends an.

Wohnungsgesuch.
2—3 leere Zimmer od. teilw. möbl. Zimmer mit Kücheben. von jg. Ehep. sof. ges. Off. unt. B 53 an die Geschäftsst d. Bl.

Suche Kapital zum An- u. Verk. größ. Masch.-Anlagen unter Beteiligung. Off. u. U. M 54 an die Exp. d. Bl.

Möbliert. Zimmer von jungem Mann (Professionist), per sofort gesucht. Gefl. Off unter F B 1 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Familien-Nachrichten.

Geboren. Sohn des Ernst Glaß u. Frau Helene geb. Kulne, Meuschau.

Vermählt. Curt Zweig und Lieschen Zweig geb. Zimmermann, Weißenfels.

Gestorben Frau Luise Kleingünther geb. Mengel, 63 J., Weißenfels; Ursula Schilling, 1 J., Weißenfels; Gottfried Vogel, 84 Jahr, Ladersleben; Gertrud Finich, 16 J., Keuschbera; Richard Schneider, 61 J., Steingrimma.

In unser Genossenschaftsregister ist heute bei Nr. 38 betreffend die Baugenossenschaft „Eigenheim" Porbitz bei Dürrenberg eingetragen worden, daß der Sitz der Genossenschaft nicht mehr Porbitz sondern Dürrenberg ist.
Merseburg, d. 6. Aug. 1923.
Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 448 die am 1. Juli 1923 begonnene offene Handelsgesellschaft in Firma Steger und Co., Merseburg eingetragen worden. Persönlich haftende Gesellschafter sind Richard Steger, Schlossermeister, und Edmund Hickethier, Kaufmann, beide in Merseburg.
Merseburg, d. 13. Aug. 1923
Amtsgericht.

In unser Handelsregister Abteilung A ist heute unter Nr. 450 die am 1. August 1923 begonnene offene Handelsgesellschaft in Firma Max Böthner & Co., Merseburg eingetragen worden. Persönlich haftende Gesellschafter sind Elektromonteur Ernst Max Böthner und dessen Ehefrau Bertha Johanna Böthner geb. Opitz, beide in Kaufsdberg.
Merseburg, d. 21. Aug. 1923
Amtsgericht

In unser Handelsregister Abt. A ist eingetragen worden:
1. am 14. August 1923 unter Nr. 449: die Firma Kurt Dreßler, Bankgeschäft, Merseburg und als deren Inhaber der Bankrat a. D. Kurt Dreßler in Merseburg,
2. am 22 August 1923 bei derselben Firma: Die Niederlassung ist von Merseburg nach Cöthen verlegt.
Merseburg, d. 22. Aug. 1923
Amtsgericht.

½ Million Mark demjenigen, der mir nachweist, wer die Obst-Diebstähle in meinem Grundstück in Räpitz begeht, sodaß ich ihn gerichtlich belangen kann.
Paul Rauffus, Leipzig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230823-18/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 197 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 23. August 1923

Die Pflicht zur Notwehr.

Die amtliche Mitteilung über die Unterhaltung des Reichskanzlers Dr. Stresemann mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner atmet eitel Harmonie. Dr. Zeigner hat den festen Willen der sächsischen Regierung betont, Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Ist das ein Versprechen für die Zukunft, so wird abzuwarten sein, welche Taten den Worten folgen. In der Vergangenheit hat man jedenfalls von diesem festen Willen nichts verspürt. Gewiß ist Polizei kein Allheilmittel gegen den Hunger. Aber wer deshalb das wirtschaftliche Uebel mit wirtschaftlichen Mitteln heben will, muß Dr. Zeigner anklagen, daß unter ihm die Wirtschaft an der Linderung des Notstands verhindert worden ist. Es ist billig, wieder einmal die Presse zum Sündenbock zu machen. In Wahrheit hat allein das volle Versagen der sächsischen Regierung parteipolitische Liebungen ermöglicht den Radek-Leuten.

Die Presse von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken hallt wider von Mitteilungen über rohe Gewalttaten streikender oder demonstrierender Horden, die, aus den Städten und Industriebezirken kommend — nicht nur im Freistaat Sachsen — Raub und Plünderung aufs Land tragen. Bezeichnend ist die Meldung der „Roten Fahne" der es als „Selbsthilfe" erscheint, daß z. B. in Klein-Säuberlitz Arbeiter des Kohlenwerks Olba in den Mühlen und bei den Landwirten die Abgabe von Getreide zum halben Preise erzwangen. Was in diesem Zusammenhange den berufenen Staatsbehörden vorgehalten werden muß, ist wiederholt offen ausgesprochen. Kann der Landwirtschaft dabei ein Vorwurf gemacht werden, so höchstens der, daß sie das Recht auf Notwehr nicht überall hinreichend geübt und es nicht längst in die Pflicht zur Notwehr verschärft hat.

In dem Leitaufsatz des „Vorwärts" klagt ein sozialdemokratischer Zimmerer über die Verferkerwut der Kommunisten und fragt, ob es denn keinen Schutz gegen die Willkür, den Terrorismus und den politischen Fanatismus der eigenen Arbeitskollegen gäbe. Die Schriftleitung antwortet: „Der beste Schutz gegen den Terror der kommunistischen Helden ist die kraftvolle Abwehr. Schließen sich die sozialdemokratischen Arbeiter und Angestellten fest zusammen und zeigen sie den Prügelhelden, daß Sozialdemokraten auch Fäuste haben, die zuzupacken verstehen und nicht nur in der Tasche geballt werden, dann wird am ehesten wieder die Möglichkeit kameradschaftlichen Verkehrs entstehen. So wie bisher geht es einfach nicht mehr. Entweder wehren sich unsere Genossen gegen die Rüpeleien, oder sie werden erdrückt!"

Aehnlich auf dem Lande. Noch gilt im deutschen Strafrecht die Notwehr. Sie ist die Verteidigung, die erforderlich wird, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwehren; die durch die Notwehr gebotene Handlung ist straflos. Es gilt also, die Selbsterhaltungs- und Abwehrpflicht, die jedem menschlichen Herzen eingepflanzt ist, mehr und entschlossener als bisher in die Praxis umzusetzen. Gewiß hat jeder Staat die Machtmittel, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten; er braucht nur den Willen zu haben, sie anzuwenden. Je zögernder sich die entsprechende staatliche Bereitwilligkeit einstellt, um so stärker ist die Pflicht des Einzelnen auf Ausübung der Notwehr. Wer in diesem Sinne die jetzt zur Seuche gewordenen rechtswidrigen Angriffe von sich und anderen abwehrt, erweist sich in besonderem Maße als ordnungssichernder und staatserhaltender Bürger.

Politische Rundschau

Bisher über 615 Milliarden geraubt!

Auch in den letzten Wochen haben die Beraubungen von Reichsbankanstalten im besetzten und Einbruchsgebiet durch die Franzosen und Belgier in unverminderter Weise angedauert. Sie begnügten sich nicht nur damit, die in den Tageskassen der betreffenden Anstalten zur Auszahlung bereitgestellten Geldbeträge zu „beschlagnahmen" oder von den schlüsselführenden Beamten unter Todesdrohungen oder Anwendung sämtlicher Gewaltmittel jeder Art die Herausgabe der Tresorschlüssel zu erpressen, sondern schritten auch in weitem Umfange zu Sprengungen der Tresore. So sind in der letzten Zeit außer der gewaltsamen Oeffnung des Tresors der Reichsbankstelle Koblenz die Tresore in Mainz (23. Juli), Neuwied (1. August), und Gelsenkirchen (17. August) mit Hilfe von Sauerstoff-Apparaten und Brechstangen, Stemmeisen und ähnlichen Werkzeugen erbrochen und ihres Inhalts beraubt worden. Die Gesamtsumme der den Einbruchsmächten auf ihren Beutezügen bisher in die Hände gefallenen Beträge beläuft sich auf über 615 Milliarden Mark. Daneben haben die Franzosen und Belgier die Fälschung von Reichsbanknoten fortgesetzt. Der Nennbetrag, auf den die falschen Noten sich, soweit bisher bekannt, beziffern, beträgt rund 13 Milliarden Mark, in Wirklichkeit dürfte er erheblich höher sein. — Mit welcher Roheit bei den Ueberfällen verfahren wird, erhellt aus den Vorgängen auf der Dortmunder Reichsbankstelle, wo der schlüsselführende Beamte, Direktor Junge, sich weigerte, Auskunft über den Verbleib des fehlenden Schlüssels zu bringen. Er wurde verhaftet und zwei Tage lang ohne Speise und Trank in einen engen schmutzigen Taubenschlag gesperrt. Während dieser Gefangenschaft wurde er von den französischen Soldaten derart durch Schläge mißhandelt, daß er sich einen Bruch des Trommelfells und eine schwere Mittelohrentzündung zuzog, an der er noch heute im Krankenhause liegt.

Bei der Besetzung der Reichsbankstelle Duisburg haben die Belgier, um die Herausgabe der Tresorschlüssel zu erzwingen, folgendes Mittel angewandt: Sie drohten, im Weigerungsfalle die Tresors mit Dynamit aufzureißen, zwangen aber vorerst das gesamte Personal, sich in unmittelbarer Nähe des Tresors aufzustellen, damit es Gefahr liefe, von den umherfliegenden Tresorstücken verletzt zu werden!

Die Gehälter der Blutsauger.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, beziehen die Mitglieder der in Deutschland lebenden fremden Kontrollkommissionen für die zweite Augustwoche folgende Gehälter: General 180 173 000 Mark, Oberst 146 979 000 Mk., Major 113 782 000 Mark, Hauptmann 85 344 000 Mark, Unteroffizier 49 300 000 Mark, Soldat 37 953 000 Mark.

*

Uraufführung des Filmwerks „Die Ruhrschande".

Berlin, 22. August. In den „Kammerspielen" gelangte am Dienstag Abend das Filmwerk „Die Ruhrschande" zur Uraufführung. Auf die Bedeutung des Werkes wies einleitend Freiherr v. Meden hin. Die Bilder sind unter großer Lebensgefahr im Ruhrgebiet an Ort und Stelle aufgenommen worden. Zwei der mitwirkenden Filmoperateure sind den Franzosen in die Hände gefallen und sitzen im Zuchthaus. Der Film gibt einen starken Eindruck von den seelischen und körperlichen Qualen der Ruhrbevölkerung, von dem rigorosen Vorgehen der ersatzungstruppen und von der Standhaftigkeit und dem Widerstandswillen der Bevölkerung.

*

Die deutschen Vermögen in Amerika.

Vom Hansa-Bund wird uns geschrieben: In Folge zahlreicher Anfragen aus Interessentenkreisen teilt uns die Amerika-Abteilung des Hansa-Bundes mit, daß die bis jetzt bei ihr eingegangenen Gesuche wegen Auszahlung des in Amerika beschlagnahmten Vermögens zwar sämtlich dem amerikanischen Treuhänder eingereicht, daß jedoch Auszahlungen (abgesehen von vielleicht einigen besonders gelegenen Einzelfällen) noch nicht erfolgt seien. Der Grund für diese Tatsache ist, wie der amerikanische Vertreter des Hansa-Bundes berichtet, in der peinlich genauen Prüfung zu suchen, die der Treuhändler hauptsächlich bezüglich der Feststellung der wirklich Empfangsberechtigten in jedem Einzelfalle vornimmt. Diese Prüfung ist in Erbschaftsfällen, für welche außerdem noch ein in Amerika wohnhafter Pfleger ernannt werden muß, besonders scharf. Vielleicht trägt diese Notiz dazu bei, alle diejenigen, die ihr in Amerika beschlagnahmtes Vermögen noch nicht reclamiert haben, hierzu zu veranlassen. Etwaige Meldungen, denen alle Unterlagen beizufügen sind, nimmt der Hansa-Bund, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 36, nach wie vor entgegen.

*

Das deutsche Kapital in der Schweiz.

Gegenüber vielen Gerüchten über eine gewaltige deutsche Kapitalabwanderung nach der Schweiz stellt die Schweizer Bankervereinigung fest, daß die Kapitalbewegung im Gegensatz zu diesen böswilligen Erfindungen eher einen rückläufigen Kurs eingeschlagen habe. Die im Auslande hier und da auftauchenden Anregungen, die Schweizer Behörden zur Sperrung der Kontrolle der deutschen Guthaben und Depots zu veranlassen, haben nach den Erkundigungen der Bankiervereinigung in den Regierungen der Alliierten nicht Boden gefaßt. Es sei auch zu erwarten, daß der Bundesrat derartige Zumutungen wie bisher mit Entrüstung zurückweisen werde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230823-18/fragment/page=0005

Togo und Kamerun.

Das deutsche Muster für Frankreich.

Der „Intransigeant"" beschäftigt sich in einem Artikel mit der Verwertung von Kamerun und Togo und führt dabei aus, daß sich Togo dank der deutschen Arbeit in einem Grade der Vervollkommnung befinde, der als Beispiel dienen könne. Aehnlich sei es mit Kamerun, wo die deutschen Frankreich den Weg gezeigt hätten; wenn alle französischen Kolonien so wie Togo und Kamerun ausgerüstet seien und wenn sie vor allem ihr Eisenbahnnetz ausgebaut hätten, so wäre das nach dem Blatt ein großer Schritt auf dem Wege zu ihrer rentablen Erschließung. Vor allem aber dürfe das deutsche Beispiel für Frankreich nicht verloren bleiben. Frankreich müßte in seinen Kolonien unbedingt das verbessern, was die deutschen schon im Jahre 1913 in ihren Kolonien verwirklicht hätten. Denn das sei vor allem auch, wie nicht mehr dargelegt zu werden brauche, eine moralische Notwendigkeit.

*

Enttäuschung.

Poincare hat wieder eine seiner üblichen Sonntagsreden gehalten; und diesmal war sie ganz besonders angekündigt worden, die französische Presse hatte auf eine sozusagen sensationelle Wendung der französischen Ruhrpolitik vorbereitet und in Deutschland gab es immer noch Männer der öffentlichen Meinung, die mehr als eine Aenderung der Form erwarteten und neue Morgenluft der Kontinentalpolitik witterten. Für diesen Teil der deutschen öffentlichen Meinung ist es verständlich, daß die Rede in Charleville eine gewisse Enttäuschung hervorruft, wie es die „Gazette de Foch" zugibt. Für uns liegt kein Anlaß zur Enttäuschung vor. Wir stellen eine gewisse Mäßigung im Ton fest, stellen aber den von Poincare eingeschobenen Satzteil „indem wir auf unserem Wege fortschreiten" in den Vordergrund. Im übrigen stimmen wir dem zu, daß „ein auf der Ungerechtigkeit begründeter Friede nur gefährlich und zerbrechlich" sein könne.

*

Von der Arbeit des Völkerbundes.

Genf, 22. August. In Genf wird schon eifrig für die vierte Sitzung des Völkerbundes gerüstet, die am 18. September beginnen wird. Zur Vorbereitung der Versammlung wird der Rat des Völkerbundes noch einmal am 30. August zusammentreten, um die Berichte der einzelnen Kommissionen, die der Abrüstungskommission, der Kommission für Wirtschafts- und Finanzfragen, für den Minderheitenschutz, der Handelskommission usw. anzuhören. Außer den zwischen Polen und Danzig noch schwebenden Fragen und den die Freistadt Danzig noch berührenden Fragen, die von der letzten Ratssitzung im April auf die kommenden Verhandlungen vertagt werden, werden noch verschiedene Fragen des Saargebietes zur Sprache kommen. — An neuen Aufnahmegesuchen in den Völkerbund liegen vor ein Antrag des Freistaates Irland und ein solcher Abessiniens. Der Antrag der Türkei auf Aufnahme in den Bund dürfte wahrscheinlich noch eingehen.

*

Die englische Völkerbundsliga an Baldwin.

London, 22. August. Die englische Liga für den Völkerbund richtet morgen einen Brief an Baldwin, in dem die Regierung aufgefordert wird, angesichts der Gefährdung des Weltfriedens durch die Besetzung des Ruhrgebiets in der Vollversammlung des Völkerbundes in Genf auf Grund des Artikels 11 der Satzungen des Völkerbundes die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland zur Kenntnis des Völkerbundes zu bringen. Ferner sollen Vertreter Deutschlands eingeladen werden, auf Grund des Artikels 17 an den Beratungen aller Fragen teilzunehmen, die Deutschland betreffen. Endlich soll die englische Regierung einen Versuch machen, mit Hilfe des Völkerbundes eine Lösung für die Reparations- und Schuldenfrage sowie die Sicherungsfrage möglichst unter Einbeziehung der Vereinigten Staaten zustande zu bringen. Die Völkerbundliga erwartet ferner, daß die englische Regierung nichts unversucht lassen werde, um die baldige Verabschiedung des Friedenspaktes und eines Abrüstungsvertrages durchzusetzen. Dieser Appell an Baldwin, der durch die lokalen Organe der Völkerbundliga unterstützt werden soll, hat die Billigung namhafter Oppositionsführer und des Sekretariats des Völkerbundes.

*

Sowjetrussische Genugtuung an England.

London, 22. August. Die englische Regierung erhielt gestern von der Sowjetregierung 2000 Pfund, die diese an Mrs. Harding als Entschädigung für ihre Gefangenschaft in den Jahren 1920 und 1921 bewilligte. Mrs. Harding, eine englische Journalistin, wurde in den genannten Jahren in Moskau neun Monate unter der Anschuldigung der Spionage eingekerkert. Die englische Regierung verlangte 10 000 Pfund Entschädigung für die schuldlose Inhaftierung. Die Sowjetregierung aber weigerte sich lange Zeit, auf diesen Anspruch einzugehen, hat ihn aber nach längeren Verhandlungen, die mit Lord Curzons bekanntem Ultimatum an Sowjetrußland begannen, in der Höhe von 2000 Pfund bewilligt.

*

Direkte Verbindung London—Bagdad.

Warschau, 22. August. Im Verfolg des in Lausanne unterzeichneten polnisch-türkischen Vertrages wird nunmehr eine direkte Verbindung London—Bagdad eingerichtet werden, die über folgende Punkte verlaufen wird: Amsterdam—Berlin — Posen — Kattowitz — Bukarest — Konstanz—Konstantinopel. Die Fahrtdauer auf dieser Strecke wird 13 Stunden weniger betragen als auf dem Wege über Budapest. Die polnische Regierung bereitet alle Maßnahmen zur Erleichterung des Verkehrs auf dieser internationalen Linie vor, die für das gesamte Wirtschaftsleben Polens eine wesentliche Bedeutung erlangen wird.

*

Aethiopien will den Völkerbund.

Genf, 22. August. Eine Sondermission aus Aethiopien, die beauftragt ist, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu vertreten, ist hier eingetroffen.

Aus Provinz und Reich

Waldbrand.

Blankenburg, 22. August. Ein Waldbrand war zu den alten Kiefernbeständen des Forstortes „Großer Röneberg" ausgebrochen und eine weithin sichtbare Rauchfahne konnte man östlich des Bahngleises aufsteigen sehen. Da dort große Werte bei der herrschenden Dürre in Gefahr waren, so wurde die Feuerwehr gerufen und ein Kommando mit der Kreismotorspritze bis zum Lessingplatz befördert. Die mit Spaten bewaffneten Feuerwehrleute haben dann im Walde durch geeignete Maßnahmen den Brand bekämpft. Eine Stunde später brach das mit Hagelschlag verbundene Gewitter los, welches mit organartigen Sturmböen einsetzte und ausgiebiges Naß spendete. Der Hagelstreifen war ein schmaler, sich hinter dem Regenstrich durch die „Güldene Aue" nach Börnecke zu ziehender Strich. Es wurden in Wald und Feld viele Menschen von dem heraufziehenden Wetter überrascht und alle Feldgräben waren im Nu voll Wasser; selbst auf den Wegen suchten die Wasserfluten no chlange nachher ihren Abfluß. Die Gewalt des das Gewitter begleitenden Sturmes war so stark, daß die Roggenmandel auf einem Ackerstück zwischen der Bahn und der alten Halberstädter Landstraße alle auseinander geworfen wurden und durcheinander auf dem Ackerstück lagen. Der Hagel hat keinen großen Schaden angerichtet.

Wie einst im Mai.

Cölleda, 20. August. In Schillingstedt bei Cölleda klingelte in der vergangenen Woche der Gemeindediener aus: „Der Herr Regierungspräsident von Merseburg trifft morgen hier ein. Die Straßen sind zu fegen und von Wagen freizuhalten."

Vater und Sohn von Felddieben niedergeschossen.

Frankenberg i. Sa., 22. August. Ein Kampf mit Felddieben, bei dem nur die letzteren bewaffnet waren, spielte sich vorgestern früh in der vierten Morgenstunde hier ab. Zum Zwecke der Beaufsichtigung eines Kartoffelpachtfeldes, auf dem in der letzten Zeit viel gestohlen wurde, begaben sich Flaschenbierhändler Richter und Sohn nach diesem Felde. Dabei begegneten dem Sohn zwei fremde Männer mit Hafergarben und einem gefüllten Sacke. Während Richter jun. den einen der Männer zur Rede stellte, schoß ihn der andere von hinten mit einem größeren Armeerevolver nieder. Blutüberströmt stürzte Richter zu Boden. Auf den herbeieilenden Vater gab der zweite der fremden Männer drei Schüsse ab, durch die der Vater am Kopfe erheblich verletzt wurde. Die Verletzungen des jungen Richter sind lebensgefährlich. Die beiden Revolverhelden ergriffen die Flucht und ließen die gestohlenen Garben und einen Sack Weizen liegen.

Bewahrt die Landwirtschaft vor ungesetzlichen Eingriffen!

Pirna (S), 22. August. Um die namentlich in der vergangenen Woche unter dem Drucke der Massen in einem größeren Teile des hiesigen Bezirks vorgenommenen wilden Lebensmittelaufkäufe auf dem Lande wieder in geordnete Bahnen zu bringen, fand in der hiesigen Amtshauptmannschaft eine Besprechung statt, an der die Vertreter sämtlicher Städte und Landgemeinden, der Landwirtschaft, Industrie und Arbeiterschaft teilnahmen und die zunächst den Erfolg hatte, daß die Landwirtschaft in Zukunft vor den ungesetzlichen Eingriffen in ihr Eigentum verschont bleiben soll. In Anerkennung der Notlage weitester Verbraucherkreise wurde aber vorausgesetzt, daß die Landwirtschaft einen wesentlichen Teil der Produkte, die für sie einigermaßen entbehrlich sind, den geordneten Ankäufen seitens der Gemeinden zur Verfügung stellt

Certan
vernichtet Wanzen
tötet Ungeziefer bei Hausieren.
Erhältl. i. Apotheken, Drogerien usw.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919230823-18/fragment/page=0006